



Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

Geschäftsführung Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales

Frau Siemon

Telefon: (0221) 221 25001

Fax: (0221) 221 22026

E-Mail: anja.Siemon@STADT-KOELN.DE

Datum: 27.04.2023

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2020/2025
am Montag, dem 13.03.2023, 17:00 Uhr bis 18:45 Uhr,
Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU
Frau Derya Karadag	GRÜNE
Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE
Herr Werner Marx	CDU
Herr Ulrich Müller	SPD
Herr Pascal Pütz	SPD
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Volker Görzel	FDP
Herr Lars Müller	Auf Vorschlag von Volt

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Carolin Vogt	Auf Vorschlag von Volt
-------------------	------------------------

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD
Herr Florian Weber	CDU

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	AfD
Herr Michael Hock	Die FRAKTION
Frau Sarah Brunner	Auf Vorschlag von Grünen
Herr Thomas Hilden	Auf Vorschlag von Grünen
Herr Cemal Salman	Auf Vorschlag von SPD
Herr Axel Hopfauf	Auf Vorschlag von CDU
Herr Jürgen Schuiszill	Auf Vorschlag von CDU
Herr Eli Abeke	Auf Vorschlag von SPD
Herr Marcel Adolf	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Hans Anton Meurers	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Uwe Weiler	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik
-----------------	---

Verwaltung

Herr Dr. Lothar Becker
Frau Stadtdirektorin Andrea Blome
Frau Alessandra Caroli
Frau Daya Holzhauer
Frau Philipp Kellersmann
Frau Dr. Birte Klemm
Frau Dr. Monique Offelder

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Bettina Mötting

GPR

Herr Jörg Dicken

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD
Herr Felix Spehl	CDU

Beratende Mitglieder

Herr Axel Sommer	Auf Vorschlag von Grünen
------------------	--------------------------

Herr Aaron Appuhn	Auf Vorschlag von CDU
Frau Ayfer Sevim	Auf Vorschlag von SPD
Herr Sascha Kaldewey	Auf Vorschlag von FDP
Herr Stefan-Lazar Mitu	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Alf Spröde	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Anna Maria Klimaszewska-Golan Auf Vorschlag des Integrationsrates

Nach der Eröffnung der Sitzung und der Begrüßung der Anwesenden durch den Ausschussvorsitzenden werden die folgenden Vorschläge der Verwaltung zur Zusetzung in die Tagesordnung im öffentlichen Teil vorgeschlagen:

- TOP 3.1 0798/2023
Beantwortung einer mündlichen Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Statistiken der Feuerwehr Köln“
(zugesetzt am 07.03.2023)
- TOP 3.2 3431/2022
Kreis der anspruchsberechtigten Wohngeldempfänger steigt deutlich wie gut ist die Stadt Köln vorbereitet?
(zugesetzt am 07.03.2023)
- TOP 4.8 0664/2023
Bilanz Karneval 2023
(zugesetzt am 07.03.2023)
- TOP 4.9 4025/2022
Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Köln 2022
(zugesetzt am 07.03.2023)
- TOP 4.10 3979/2022
Zweiter Controllingbericht zum ersten Gleichstellungsplan 2019 – 2023
(zugesetzt am 07.03.2023)
- TOP 4.11 0804/2023
Stellungnahme zum Antrag der SPD-Antrag "Den krisenhaften Arbeitskräfte-mangel bei der Stadt Köln bekämpfen: Personalgewinnung, -bindung und -vergütung verbessern"
(zugesetzt am 08.03.2023)
- TOP 4.12 0740/2023
Sachstand Erarbeitung Status Quo-Bericht Sauberkeit und Erarbeitung Masterplan Sauberkeit
(zugesetzt am 08.03.2023)
- TOP 4.13 0837/2023
Sachstand Erarbeitung Masterplan Sicherheit

(zugesetzt am 10.03.2023)

TOP 4.14 0003/2023/1
Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 13. März 2023
(zugesetzt am 13.03.2023)

Antwort zu 6.1 0339/2023
Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion betreffend der Nutzung von Synergieeffekten zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter AN/0017/2023
(zugesetzt am 08.03.2023)

Antwort zu 6.3 0828/2023
Beantwortung einer Anfrage der FDP zum Thema "Konsequenzen sexueller Belästigung" AN/0199/2023
(zugesetzt am 10.03.2023)

TOP 10.3 2079/2022
Dienstleistungsvertrag mit dem Universitätsklinikum Bonn
(zugesetzt am 08.03.2023)

TOP 10.4 0039/2023
Umsetzung einer Maßnahme des Kulturentwicklungsplans: Einrichtung einer Koordinationsstelle Nachhaltigkeit in der Kultur
(zugesetzt am 13.03.2023)

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte im nichtöffentlichen Teil vor:

TOP 12.1 0520/2023
Kostenentwicklung externe Beauftragungen
(zugesetzt am 08.03.2023)

TOP 13.2 3872/2022
Verbundprojekt „Beschleunigung Baugenehmigungsprozesse“
(zugesetzt am 07.03.2023)

Seitens der Verwaltung werden folgende Tagesordnungspunkte zurückgestellt:

TOP 4.3 3908/2022
Sponsoringrichtlinie

TOP 4.10 3979/2022
Zweiter Controllingbericht zum ersten Gleichstellungsplan 2019 – 2023

Der Vorsitzende erkundigt sich nach weiteren Änderungswünschen zur Tagesordnung.

RM Richter bittet, den Tagesordnungspunkt 8.1 zurückzustellen.

RM Pütz ist als Antragssteller damit einverstanden. Zudem bittet er, die Antwort zu Tagesordnungspunkt 6.2 im öffentlichen Teil zu behandeln.

RM Görzel bittet, die Beantwortung zum Tagesordnungspunkt 6.1 zurückzustellen.

Der Vorsitzende lässt über die so festgelegte Tagesordnung abstimmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

- 1.1 Gender Award - Kommune mit Zukunft 2023
0463/2023

2 Internationales

- 2.1 Tätigkeitsbericht 2022 des Büros für Europa und Internationales
0370/2023
- 2.2 Konzept zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit der Stadt Köln
3238/2022

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 3.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Statistiken der Feuerwehr Köln"
0798/2023
- 3.2 Beantwortung einer Anfrage (AN/1723/2022) der FDP-Fraktion betreffend "Kreis der anspruchsberechtigten Wohngeldempfänger*innen steigt deutlich – wie gut ist die Stadt Köln vorbereitet?"
3431/2022

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Umbenennung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender in Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik
0186/2023
- 4.2 LSBTI-Aktionsplan: erste Zwischenbilanz
0444/2023
- 4.3 Sponsoringrichtlinie
3908/2022

- 4.4 Konzept der Stadt Köln für die Einrichtung von genderneutralen Toiletten an Schulen und in städtischen Gebäuden
4195/2022
- 4.5 Stadt Köln integriert automatischen Übersetzer auf stadt.koeln
0355/2023
- 4.6 Jahresreporting der digitalen Kanäle für die externe Kommunikation
0669/2023
- 4.7 Sprachen in Köln
0680/2023
- 4.8 Mitteilung an den Hauptausschuss "Bilanz Karneval 2023"
0664/2023
- 4.9 Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Köln 2022
4025/2022
- 4.10 Zweiter Controllingbericht zum ersten Gleichstellungsplan 2019 - 2023
3979/2022
- 4.11 Stellungnahme zum Antrag der SPD unter 8.1 betreffend "Den krisenhaften Arbeitskräftemangel bei der Stadt Köln bekämpfen: Personalgewinnung, -bindung und -vergütung verbessern"
0804/2023
- 4.12 Sachstand Erarbeitung Status Quo-Bericht Sauberkeit und Erarbeitung Masterplan Sauberkeit
0740/2023
- 4.13 Sachstand Erarbeitung Masterplan Sicherheit
0837/2023
- 4.14 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 13. März 2023
0003/2023/1
- 5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**
- 6 Schriftliche Anfragen**
- 6.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Synergieeffekte zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen"
AN/0017/2023

Beantwortung der Anfrage (AN/0017/2023) der FDP-Fraktion betreffend "Nutzung von Synergieeffekten zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter" 0339/2023

6.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Kostenentwicklung externe Beauftragungen" AN/0179/2023

6.3 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Konsequenzen sexueller Belästigung" AN/0199/2023

Beantwortung der Anfrage (AN/0199/2023) der FDP-Fraktion betreffend "Konsequenzen sexueller Belästigung" AN/0199/2023 0828/2023

7 Mündliche Anfragen

7.1 mündliche Anfrage eines Sachkundigen Einwohners der SPD-Fraktion betreffend "anonymisiertes Bewerbungsverfahren"

7.2 mündliche Anfrage eines Sachkundigen Einwohners der StadtAG Queerpolitik betreffend "ColognePride 2024"

7.3 mündliche Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Drogenräume der Stadt Köln"

8 Anträge

8.1 Antrag der SPD betreffend "Den krisenhaften Arbeitskräftemangel bei der Stadt Köln bekämpfen: Personalgewinnung, -bindung und -vergütung verbessern" AN/0218/2023

Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Den krisenhaften Arbeitskräftemangel bei der Stadt Köln bekämpfen: Personalgewinnung, -bindung und -vergütung verbessern" AN/0254/2023

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke betreffend "Den krisenhaften Arbeitskräftemangel bei der Stadt Köln bekämpfen: Personalgewinnung, -bindung und -vergütung verbessern" AN/0259/2023

8.2 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Grünen, CDU, Volt betreffend "Böllerverbotzone Silvester 2023/2024" AN/0364/2023

- 8.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Der Deutzer Kirmes eine Zukunft geben – Verwaltung muss Ermessensspielräume zugunsten der Schausteller*innen und Gäste der Kirmes nutzen"
AN/0376/2023

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Teilnahme der Stadt Köln am Projekt „Kommunen gegen Extremismus“
0607/2023
- 10.2 16. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
0456/2023
- 10.3 Dienstleistungsvertrag mit dem Universitätsklinikum Bonn über das Projekt mre-netz regio rhein-ahr.
2079/2022
- 10.4 Umsetzung einer Maßnahme des Kulturentwicklungsplans: Einrichtung einer Koordinationsstelle "Nachhaltigkeit in der Kultur"
0039/2023

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

II. Nichtöffentlicher Teil

12 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 12.1 Beantwortung einer Anfrage (AN/0179/2023) betreffend "Kostenentwicklung externe Beauftragungen"
0520/2023

13 Mitteilungen der Verwaltung

- 13.1 Prüfbericht Kfz-Zulassungsangelegenheiten bei 34 – Bürgerdienste
0109/2023
- 13.2 Verbundprojekt „Beschleunigung Baugenehmigungsprozesse“
3872/2022

14 Schriftliche Anfragen

15 Mündliche Anfragen

16 Anträge

17 Allgemeine Vorlagen

17.1 Bedarfsfeststellung für externe Beratungsleistung für Organisationsprojekte in den Jahren 2023 und 2024
0050/2023

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Gender Award - Kommune mit Zukunft 2023 0463/2023

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2 Internationales

2.1 Tätigkeitsbericht 2022 des Büros für Europa und Internationales 0370/2023

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.2 Konzept zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit der Stadt Köln 3238/2022

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt, dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt das vorliegende „Konzept zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit der Stadt Köln“.
2. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 2.1 die im Konzept aufgeführten Einzelmaßnahmen entsprechend der vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen sukzessive umzusetzen; dabei soll die Verwaltung bei der Umsetzung der Maßnahmen die aktuellen lokalen Erfordernisse berücksichtigen sowie sie unter Beachtung der weltpolitischen Lage nötigenfalls anpassen und entsprechend priorisieren;
 - 2.2 unter Einbeziehung der an der Entwicklung des Konzepts zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit bereits beteiligten sowie gegebenenfalls weiterer Vereine und Organisationen zu prüfen, ob sich die Stadt Köln, dem Beispiel anderer europäischer Städte wie Barcelona, Graz, Nürnberg, Utrecht und Wien folgend, ausdrücklich zur `Stadt der Menschenrechte´ erklärt, und nach erfolgter Prüfung dem Rat dazu eine Mitteilung bzw. einen Beschlussvorschlag vorzulegen.
3. Der Rat begrüßt ausdrücklich das bisherige Engagement der städtischen Unternehmen und Beteiligungen im Bereich der internationalen Kölner Städtepartnerschaften und Städtekooperationen sowie der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Die städtischen Unternehmen und Beteiligungen leisten damit einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag zur Pflege der Städtepartnerschaften sowie zur gesamtstädtischen Umsetzung der urbanen Agenda der EU und der UN-Nachhaltigkeitsziele. Der Rat bittet die städtischen Unternehmen und Beteiligun-

gen, ihr diesbezügliches Engagement im Rahmen der wirtschaftlichen und rechtlichen Möglichkeiten fortzusetzen und zu intensivieren.

In dem Zusammenhang stellt der Rat anerkennend fest, dass zunehmend auch die Bundes- und Landesregierung das große Potential kommunaler Unternehmen im Bereich europäischer und internationaler Städtekooperationen sowie der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit erkennen und wertschätzen.

Dem zuständigen Fachausschuss für Europa und Internationales wird über die Umsetzung der Maßnahmen zum Ende des jeweiligen Jahres Bericht erstattet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Statistiken der Feuerwehr Köln" 0798/2023

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.2 Beantwortung einer Anfrage (AN/1723/2022) der FDP-Fraktion betreffend "Kreis der anspruchsberechtigten Wohngeldempfänger*innen steigt deutlich – wie gut ist die Stadt Köln vorbereitet?" 3431/2022

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Umbenennung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender in Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik 0186/2023

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2 LSBTI-Aktionsplan: erste Zwischenbilanz 0444/2023

RM Tokyürek fragt nach, wie die große Nachfrage an der Förderung zu dem Thema Gewaltprävention und Antidiskriminierung zustande gekommen sei.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung im Nachgang zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.3 Sponsoringrichtlinie 3908/2022

Die Vorlage wird zurückgestellt.

4.4 Konzept der Stadt Köln für die Einrichtung von genderneutralen Toiletten an Schulen und in städtischen Gebäuden 4195/2022

RM Cremer erkundigt sich nach den anfallenden Kosten.

Im Nachgang wird die Frage wie folgt beantwortet:

Die Verwaltung teilt dazu mit, dass eine pauschale Benennung der entstehenden Kosten durch genderneutrale Toiletten nicht möglich sei, da die Kosten je nach baulicher Gegebenheit und dem erforderlichen Planungsaufwand stark differieren können. Erste Richtwerte für den Umbau im Bestand sollen durch das Modellprojekt am Humboldt-Gymnasium gewonnen werden.

Für Schulneubauten wurde ein überschlägiger Vergleich der erforderlichen Flächen für genderneutrale WC-Anlagen im Vergleich zu geschlechtergetrennten WC-Anlagen in den Clustern aufgestellt. Es hat sich gezeigt, dass durch die genderneutralen WC-Anlagen eine signifikante Flächeneinsparung möglich ist, da Vorräume und Flurflächen zur Erschließung der WC-Kabinen entfallen, und somit in Abhängigkeit von der Planung unter Umständen auch ein Kosteneinsparpotential vorliegt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.5 Stadt Köln integriert automatischen Übersetzer auf stadt.koeln 0355/2023

Herr Müller fragt nach, ob die arabische Sprache künftig noch vorgesehen werde.

Im Nachgang wird die Frage wie folgt beantwortet:

Die Stadt nutzt die API („Schnittstelle“) der Firma DeepL für unsere Übersetzungen. Leider bietet die DeepL API noch keine Übersetzungen ins Arabische an.

Eine Liste der verfügbaren Sprachen gibt es auf der Seite:

<https://www.deepl.com/de/docs-api/translate-text/>

Der Verwaltung ist bekannt, dass DeepL momentan an der Umsetzung für das Arabische arbeitet. Da im Arabischen aber eine völlig andere Grammatik genutzt wird, gestaltet sich das wohl relativ kompliziert. Sobald Arabisch angeboten wird, fängt die Verwaltung mit der Implementierung an.

Arabischer Text läuft von rechts nach links. Die Umsetzung wird demnach etwas dauern, da sämtliche Designelemente der Webseite auf RTL (Right-to-Left) umgerüstet werden müssen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.6 Jahresreporting der digitalen Kanäle für die externe Kommunikation 0669/2023

Herr Meurers bittet um Rücksichtnahme von den Mitbürger*innen, welche nicht über einen Internetzugang verfügen. Für diese müsse es ebenfalls Möglichkeiten zur Kommunikation geben.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.7 Sprachen in Köln
0680/2023**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.8 Mitteilung an den Hauptausschuss "Bilanz Karneval 2023"
0664/2023**

RM Richter erkundigt sich nach den Beschwerden, insbesondere des BUND e.V., zu der Genehmigung der Bezirksregierung hinsichtlich der Nutzung der Uniwiese als Gefahrenabwehr.

Frau Stadtdirektorin Blome antwortet, dass es sich hier um einen Beschwerdebrief des BUND e.V. handle, der an die obere Naturschutzbehörde adressiert und beantwortet worden sei. Es wurde von der Verwaltung kein Antrag eingereicht oder eine Genehmigung erteilt, da im vorliegenden Fall das Ordnungsbehördengesetz zugrunde gelegt und hier Maßnahmen der Gefahrenabwehr umgesetzt worden seien. Ein Bescheid der Bezirksregierung sei daher nicht erteilt, sondern lediglich ein Antwortschreiben erstellt worden.

Herr Hock fragt nach, ob der QR Code auf den Aushängen (für die Meinung der Bürger*innen, wie die Situation in der Stadt wahrgenommen werden würde) angenommen wurde.

Im Nachgang wird die Frage wie folgt beantwortet:

*Die Stadtverwaltung wollte durch eine Befragung ein Stimmungsbild von Nutzer*innen der Ausweichfläche einholen. Eine repräsentative Stichprobe war dies nicht. Die Ergebnisse finden Sie in der Anlage. Die Antworten auf die offen formulierten Fragen sind hier nicht enthalten, diese können bei Bedarf jederzeit eingesehen werden.*

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.9 Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Köln 2022
4025/2022**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.10 Zweiter Controllingbericht zum ersten Gleichstellungsplan 2019 - 2023
3979/2022**

Die Vorlage wird zurückgestellt.

**4.11 Stellungnahme zum Antrag der SPD unter 8.1 betreffend "Den krisenhaften Arbeitskräftemangel bei der Stadt Köln bekämpfen: Personalgewinnung, -bindung und -vergütung verbessern"
0804/2023**

Die Vorlage wird zurückgestellt.

**4.12 Sachstand Erarbeitung Status Quo-Bericht Sauberkeit und Erarbeitung Masterplan Sauberkeit
0740/2023**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.13 Sachstand Erarbeitung Masterplan Sicherheit
0837/2023**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.14 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 13. März 2023
0003/2023/1**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

**6.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Synergieeffekte zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen"
AN/0017/2023**

**Beantwortung der Anfrage (AN/0017/2023) der FDP-Fraktion betreffend "Nutzung von Synergieeffekten zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter"
0339/2023**

Die Beantwortung wird zurückgestellt.

**6.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Kostenentwicklung externe Beauftragungen"
AN/0179/2023**

Die Beantwortung erfolgt im nichtöffentlichen Teil

**6.3 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Konsequenzen sexueller Belästigung"
AN/0199/2023**

**Beantwortung der Anfrage (AN/0199/2023) der FDP-Fraktion betreffend "Konsequenzen sexueller Belästigung" AN/0199/2023
0828/2023**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Mündliche Anfragen

7.1 mündliche Anfrage eines Sachkundigen Einwohners der SPD-Fraktion betreffend "anonymisiertes Bewerbungsverfahren"

Herr Salman stellt eine mündliche Anfrage zu dem Thema: „Anonymisiertes Bewerbungsverfahren“. Es gebe Studien, wonach Menschen mit ausländischen Namen weniger zu Bewerbungsgesprächen eingeladen werden würden als Menschen mit deutschen Namen.

Er fragt nach, ob sich etwas an der Position der Verwaltung zu den anonymisierten Bewerbungsverfahren geändert habe und wie viele Menschen insgesamt und in Führungspositionen mit internationaler Familiengeschichte in der Stadt besetzt seien.

Im Nachgang wird die Frage wie folgt beantwortet:

Bei den Auswahlverfahren achtet das Bewerbercenter des Personal- und Verwaltungsmanagement sehr auf die korrekte Handhabung des AGG, LGG sowie aller anderen einschlägigen Rechtsnormen, um gesetzeskonforme, vorurteils- und diskriminierungsfreie Auswahlverfahren umzusetzen. Einzelne Aspekte von anonymisierten Bewerbungsverfahren setzt die Verwaltung um, in dem im Verfahren daraufhin gewiesen wird, dass keine Fotos eingereicht werden müssen.

*Darüber hinaus gibt es Schulungen für die Recruiter*innen u. a. zu Diversity und Unconscious Bias (unbewusste Voreingenommenheit).*

Bei der Stadtverwaltung gibt es 2.087 Mitarbeitende darunter 41 Führungskräfte mit internationaler Familiengeschichte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sie auf Daten ausgewertet werden, die Mitarbeitende uns freiwillig überlassen.

Datengrundlage ist das Stammpersonal zum 28.02.2023, Leitungen von Kindertagesstätten wurden als Mitarbeitende gezählt. Die internationale Familiengeschichte wurde folgendermaßen definiert:

Darunter fallen all diejenigen, die

- 1. 1. und 2. Nationalität ungleich deutsch sowie*
- 2. 1. Nationalität deutsch und eine 2. Nationalität ungleich deutsch sowie*
- 3. 1. Nationalität ungleich deutsch und 2. Nationalität deutsch, sind.*

7.2 mündliche Anfrage eines Sachkundigen Einwohners der StadtAG Queerpolitik betreffend "ColognePride 2024"

Herr Weiler stellt folgende Fragen:

1. Wie kann die Durchführung des ColognePride 2024 vom 05.07.2024 bis 07.07.2024 auf den Plätzen Heumarkt, Alter Markt und Gürzenich-Vorplatz, Elogiusplatz (Klein St. Martin), samt bekannter Straßen, die zur Veranstaltungsfläche gehören, trotz unabgesprochener Vergabe der o.g. Plätze zur UEFA EM24, ermöglicht werden?

2. Sollte, wider Erwarten, die Nutzung der bekannten Flächen oder Teilflächen vom 05.07.-07.07.2024 nicht möglich sein, welche Alternativen bietet die Verwaltung dem ColognePride an und wer übernimmt die Zusatzkosten u.a. für ein neues Lärm- und Sicherheitskonzept?
3. Wie kann zukünftig sichergestellt werden, dass zum bekannten Termin des für die Stadt Köln wirtschaftlich sehr bedeutenden ColognePride die benötigten Plätze Heumarkt, Alter Markt, Gürzenich-Vorplatz, Elogiusplatz (klein St. Martin), samt bekannter Straßen, die zur Veranstaltungsfläche des ColognePride gehören, nicht unabgesprochen anderweitig vergeben werden?
4. Warum wurde der ColognePride e.V., der jährlich die zweitgrößte Veranstaltung in der Stadt Köln, den ColognePride, veranstaltet, nicht frühzeitig in die Planungen der Stadt Köln zur Durchführung eines „FanVillage“ zur UEFA EM 2024 an dem allseits bekannten Termin zum ColognePride am ersten Juli Wochenende auf den bekannten Plätzen Heumarkt, Alter Markt und Gürzenich-Vorplatz samt bekannter Straßen, die zur Veranstaltungsfläche gehören, einbezogen?

Herr Weiler bittet, die Beantwortung der Anfrage auch in die Beratungsfolge der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik zu geben.

Die Verwaltung sagte eine Beantwortung im Nachgang zu.

7.3 mündliche Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Drogenräume der Stadt Köln"

Herr Cremer erkundigt sich nach den Standorten der zwei weiteren geplanten Drogenkonsumräume.

Die Frage wird im Nachgang wie folgt beantwortet:

Der Standort vom Drogenkonsumraum Kalk ist Dillenburger Straße 27, der Zugang erfolgt von der Neuerburgstraße.

Der Standort vom Mobilien Drogenkonsumraumes in Mülheim wird gerade noch verwaltungsintern und mit den Ordnungspartnern abgestimmt. Der Standort befindet sich fußläufig vom Wiener Platz entfernt.

8 Anträge

8.1 Antrag der SPD betreffend "Den krisenhaften Arbeitskräftemangel bei der Stadt Köln bekämpfen: Personalgewinnung, -bindung und -vergütung verbessern" AN/0218/2023

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Den krisenhaften Arbeitskräftemangel bei der Stadt Köln bekämpfen: Personalgewinnung, -bindung und -vergütung verbessern"
AN/0254/2023**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke betreffend "Den krisenhaften Arbeitskräftemangel bei der Stadt Köln bekämpfen: Personalgewinnung, -bindung und -vergütung verbessern"
AN/0259/2023**

Der Antrag wird zurückgestellt.

**8.2 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Grünen, CDU, Volt betreffend "Böller-verbotszone Silvester 2023/2024"
AN/0364/2023**

Nach einer Diskussion wird dem Antrag gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und SPD zugestimmt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. eine Verbotszone für das Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen der Kategorie 2 (Kleinfeuerwerk) (§ 22 Abs. 1 1. Spreng.V.) mit ausschließlicher Knallwirkung (beispielsweise Silvesterknaller, Böller; Feuerwerksraketen ausgenommen) linksrheinisch, innerhalb der Ringe (einschließlich der Ringe) einzurichten.
2. gemeinsam mit der Polizei ein Konzept zu erarbeiten, wie dieses Verbot überwacht bzw. eingehalten werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion SPD und FDP zugestimmt.

**8.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Der Deutzer Kirmes eine Zukunft geben – Verwaltung muss Ermessensspielräume zugunsten der Schausteller*innen und Gäste der Kirmes nutzen"
AN/0376/2023**

Frau Stadtdirektorin Blome teilt nach der Ausführung des Antrages durch die SPD-Fraktion mit, dass es im letzten Jahr im Rahmen der Herbstkirmes eine Fachaufsichtsbeschwerde gegeben habe. Daraufhin seien Schallpegelmessungen durchgeführt worden, die über den erlaubten Emissionswerten gelegen hätten. Zudem gebe es Grenzwerte, die durch den Freizeitlärmelass Nordrhein-Westfalen bestimmt werden würden. Das Volksfest überschreite diese Grenzwerte deutlich, daher sei es unvermeidbar, dass die Tage eingeschränkt werden und das Ende der Veranstaltung von 22 Uhr auf 21 eingeschränkt werden müsse. Rechtlich sei dabei alles ausgeschöpft. Eine Änderung könne nur durch eine Änderung des Freizeitlärmelasses geschaffen werden. Diese läge in der Zuständigkeit des Landes.

RM Richter erwidert, dass es auf Seiten der Antragsteller wünschenswert gewesen sei, wenn zunächst eine Sachverhaltsklärung stattgefunden hätte. Es sei wichtig, weiterhin die Kirmes zweimal im Jahr jeweils für zwei Wochen stattfinden lassen zu können; daher sei eine Anpassung/Änderung des Freizeitlärmelasses auf Landesebene sinnvoll.

Der Vorsitzende schlägt vor, gemeinsam einen Antrag hierzu aufzustellen.

RM Marx stimmt zu, einen gemeinsamen Antrag auf Landesebene zu formulieren.

RM Tokyürek teilt mit, dass es bereits eine Petition mit 3.000 Unterschriften gegeben habe. Auf die Nöte der Schausteller müsse eingegangen werden. Ein Beschluss ließe sich aufgrund der rechtlichen Lage so sowieso nicht weiterbehandeln.

RM Görzel hält den Antrag für legitim und möchte daher dem Antrag zustimmen.

Aus Sicht von Herrn Meurers sei es nicht nachvollziehbar, aus welchen Gründen das Volksfest (die Kirmes) nun verkürzt werden müsse. Es sei wünschenswert gewesen, die Beschwerde vorliegen zu haben, um das Vorgehen besser prüfen zu können.

Herr Pütz bittet um eine kurze Sitzungsunterbrechung, um sich 5 Minuten zu beraten.

RM Richter teilt nach der Beratungspause den Änderungsantrag mit.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales bittet die Oberbürgermeisterin im Hinblick auf die Deutzer Kirmes, sich bei der Landesregierung Nordrhein-Westfalen dafür einzusetzen, dass der sogenannte Freizeitlärmelass dahingehend angepasst wird, dass künftig Volksfeste in angemessenem zeitlich und wirtschaftlich darstellbaren Umfang stattfinden können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei den Enthaltungen der Fraktionen FDP und SPD zugestimmt.

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Teilnahme der Stadt Köln am Projekt „Kommunen gegen Extremismus“ 0607/2023

RM Cremer erkundigt sich, wieso anderer Extremismus wie beispielsweise der Linksextremismus deutlich weniger behandelt werden würde.

Im Nachgang wird die Frage wie folgt beantwortet:

Die Entscheidung des Fachkreises Extremismusprävention über die Behandlung des in Rede stehenden Phänomenbereichs Rechts wurde in der konstituierenden Sitzung am 11.10.2022 auf Grundlage des Lagebilds Politisch Motivierte Kriminalität im Stadtgebiet Köln getroffen. Der Staatschutz der Polizei Köln hat dort das Gesamtlagebild „Politisch Motivierte Kriminalität im Stadtgebiet Köln“ (PMK) vom 08.07.2022 vorgestellt. Im abschließenden Fazit des Lagebilds wurde konstatiert:

„Im Phänomenbereich Links kann im Vergleich zum Jahr 2020 ein Rückgang um fast die Hälfte der Straftaten für das Jahr 2021 festgestellt werden. Die Gewaltdelikte reduzierten sich im gleichen Zeitraum lediglich um ein Viertel.

Der Phänomenbereich Rechts weist im Vergleich zu PMK Islamismus, Ausländer und Links statistisch die höchsten Zahlen in Bezug auf Straftaten auf. Obwohl auch hier ein Rückgang um ein Fünftel zu verzeichnen ist. Diese Entwicklung ist allerdings nicht deckend in Bezug auf die Gewaltdelikte PMK-R. Hier kann ein Zuwachs von mehr als einem Drittel verzeichnet werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass für das Stadtgebiet Köln die Politisch Motivierte Kriminalität Rechts in Bezug auf Straftaten den dominanten Bereich darstellt.“

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln bekräftigt den Beschluss des Fachkreises Extremismusprävention (11.10.2022) und des Kriminalpräventiven Rates Köln (17.11.2022) und stimmt der geplanten Teilnahme der Stadt Köln am Projekt „Kommunen gegen Extremismus“ zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.2 16. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
0456/2023**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die 16. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Dienstleistungsvertrag mit dem Universitätsklinikum Bonn über das Projekt mre-netz regio rhein-ahr.
2079/2022**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt die Erweiterung zu der in der Sitzung des Rates am 12.11.2015 unter der Session-Nr. [2258/2015](#) beschlossenen dauerhaften Fortführung der Koordinationsstelle für ein MRE-Netzwerk (Netzwerk zur Prävention und Bekämpfung multiresistenter Erreger sowie Verbesserung der Schnittstellen zwischen den Einrichtungen der Gesundheitsversorgung für die Stadt Köln).
2. Hinsichtlich der Finanzierung der zusätzlich anfallenden Sachaufwendungen in den Jahren 2023 und 2024 in Höhe von jeweils 30.898 € im Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes in der Produktgruppe 0701, Gesundheitsdienste, ermächtigt der Rat die Verwaltung, im Haushaltsplan 2023/2024 veranschlagte Mittel aus Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen in Teilplanzeile 13 – Sach- und Dienstaufwendungen umzuschichten.

3. Das Dezernat V, Soziales, Gesundheit und Wohnen, wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2025 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.4 Umsetzung einer Maßnahme des Kulturentwicklungsplans: Einrichtung einer Koordinationsstelle "Nachhaltigkeit in der Kultur" 0039/2023

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

Gez. Bernd Petelkau
(Vorsitzender)

Gez. Anja Siemon
(Schriftführerin)

